



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 09.12.2025**

öffentlich

Ort:	Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06108 Halle (Saale),
Zeit:	16:30 Uhr bis 18:24 Uhr
Anwesenheit:	siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Ute Haupt, Vorsitzende
Iris Frühling
Birgit Marks

Thorben Vierkant

Dr. Christoph Bergner

Guido Haak
Thomas Schied
Katharina Kohl
Dr. Annette Kreutzfeldt
Sarah Labusga
Yvonne Krause

Ines Härtling
Frederike Horn
Johannes Luppe
Ina Schneegans

Martin Thiele

Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale)
AfD-Stadtratsfraktion Halle
AfD-Stadtratsfraktion Halle,
Vertretung für Herrn Heinrich
AfD-Stadtratsfraktion Halle, Vertretung für
Herrn Schöder, anwesend bis 15.52 Uhr
CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale),
Vertretung für Herrn Riedel,
anwesend ab 16.32 Uhr
CDU Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale)
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Volt/MitBürger
Fraktion der Freien Demokraten (FDP) /
FREIEN WÄHLER (FW) im Stadtrat von Halle
(Saale)
Sachkundige Einwohnerin
Sachkundige Einwohnerin
Sachkundiger Einwohner
Sachkundige Einwohnerin,
anwesend ab 16.33 Uhr
Sachkundiger Einwohner

Verwaltung

Katharina Brederlow
Ortrud Diemer
Dr. med. Christine Gröger
Sabine Ernst
Anika Seidel-Jähnicg
Frank Lange
Uwe Theiß
Sophia Waldowski
Peter Mende-Arndt

Beigeordnete Bildung und Soziales
Stadtplanerin
Leiterin Fachbereich Gesundheit
Leiterin Fachbereich Soziales
Referentin
Amtstierarzt
Leiter Abteilung Existenzsichernde Leistungen
stellvertretende Protokollführerin
Sozialarbeiter Trainingswohnen

Gäste

Andrea Mund

Geschäftsführerin Stadtinsel e. V.

Entschuldigt fehlten:

Andreas Heinrich
Olaf Schöder
Jan Riedel
Marcel Funk
Andreas Hemming
Sabrina Otto
Claudia Rohrbach
Olga Tidde

AfD-Stadtratsfraktion Halle
AfD-Stadtratsfraktion Halle
CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Sachkundiger Einwohner
Sachkundiger Einwohner
Sachkundige Einwohnerin
Sachkundige Einwohnerin
Sachkundige Einwohnerin

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Sitzung des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses wurde von **Frau Haupt** eröffnet und geleitet. Sie stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest und begrüßte Herrn Schied als neue Mitglied im Gremium.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Haupt sagte, dass nichts von der Tagesordnung zu nehmen oder darauf zu setzen ist. Sie schlug eine Änderung der Reihenfolge der TOP 7.2, Mitteilung zum Housing First und 7.3, Vorstellung Stadtinsel, vor. Sie machte auf eine neue Mitteilung, Jahresplanung 2026, aufmerksam.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen zur Tagesordnung. **Frau Haupt** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

3. Einwohnerfragestunde
4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 11.11.2025
5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Anerkennung des Mietspiegels Halle (Saale) 2026-2027 (Fortschreibung Mietspiegel 2024)
Vorlage: VIII/2025/01531
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
- 7.1. Vorstellung zum Sozialkaufhaus
- 7.2. Mitteilung zum Housing First
- 7.3. Vorstellung Stadtinsel
- 7.4. Jahresplanung 2026
Vorlage: VIII/2025/02101
8. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
9. Anregungen

10. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 11.11.2025
11. Beschlussvorlagen
12. Anträge von Fraktionen und Stadträten
13. Mitteilungen
14. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
15. Anregungen

zu 3 Einwohnerfragestunde

Es gab keine Einwohnerfragen.

zu 4 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 11.11.2025

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 Anerkennung des Mietspiegels Halle (Saale) 2026-2027 (Fortschreibung Mietspiegel 2024) Vorlage: VIII/2025/01531

Frau Diemer führte anhand der Präsentation in die Beschlussvorlage ein und bat um Zustimmung. Die Präsentation ist im Ratsinformationssystem hinterlegt.

Herr Vierkant fragte ob, der Beschluss des Mietspiegels verpflichtend ist.

Frau Diemer sagte, ohne Beschluss ist es kein qualifizierter Mietspiegel.

Herr Dr. Bergner äußerte seine Zustimmung zur Beschlussvorlage. Er fragte, in wieweit man zukünftig an den Verbraucherpreisindex als Maßstab gebunden sein wird.

Frau Diemer sagte, dass ein Mietspiegel nach vier Jahren neu aufgestellt werden muss.

Frau Haupt fragte, ob die Erhöhung von den Wohnungsunternehmen genutzt werden kann, um die Mieten anzugleichen.

Frau Diemer sagte, dass es gesetzlich geregelt ist, dass ein Vermieter innerhalb von drei Jahren nicht mehr als 20 Prozent erhöhen darf und wenn, dann maximal bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete. Der neue Mietspiegel kann dann zugrunde gelegt werden.

Frau Kohl äußerte Bedenken, ob der bundesweite Verbraucherpreisindex auch auf Halle zutrifft. Sie fragte, was die Vorteile einer Stichprobe wären, auch wenn diese aufwendiger und kostenintensiver ist.

Frau Diemer sagte, dass der bundesweite Verbraucherpreisindex gesetzlich festgelegt ist. Vermutlich wäre bei einer Stichprobe in Halle der Wert auch höher gewesen.

Frau Kohl fragte, ob es Vergleichswerte aus anderen Kommunen gibt.

Frau Diemer sagte, dass diese Werte recherchiert werden müssten.

Herr Vierkant sagte, da es sich faktisch um einen Mieterhöhungsspiegel handelt, sich seine Fraktion bei der Abstimmung enthalten wird.

Frau Diemer sagte, dass die Anerkennung des Mietspiegels bedeutet, dass anerkannt wird, dass er methodisch korrekt erstellt wurde.

Frau Krause erkundigte sich ebenfalls nach Vergleichswerten der Stichprobenmethode aus anderen Kommunen bis zur nächsten Sitzung des Stadtrates.

Frau Diemer sicherte zu, eine schriftliche Antwort zu geben, sofern entsprechende Vergleichswerte verfügbar sind.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Haupt** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis skE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

1. Der als Anlage beigefügte Mietspiegel Halle (Saale) 2026 - 2027 wird als qualifizierter Mietspiegel gemäß § 558d BGB anerkannt.
2. Der Mietspiegel Halle (Saale) 2026-2027 tritt am 01. Januar 2026 in Kraft.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es gab keine Anträge von Fraktionen und Stadträten.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Vorstellung zum Sozialkaufhaus

Frau Haupt schlug eine Vertagung vor, da die vortragende Person nicht anwesend war. Der Ausschuss signalisierte Zustimmung.

zu 7.3 Vorstellung Stadtinsel

Frau Haupt beantragte das Rederecht für Frau Mund. Dem Rederecht wurde einstimmig zugestimmt.

Frau Mund stellte die Arbeit des Vereins „Stadtinsel e. V.“ vor. Der Verein wurde 1991 von Psychiatern, Psychologen und Betroffenen gegründet. Es werden niedrigschwellige Beratungen für psychisch erkrankte Menschen und deren Angehörige angeboten. Das bezieht sich auch auf Menschen in Lebenskrisen. Das Angebot steht für alle offen, die einen Bedarf anmelden. Das einzige nötige Kriterium ist die Volljährigkeit.

Sie sagte, dass das Angebot für die Nutzer kostenfrei ist. Es gibt eine Förderung durch die Stadt Halle. Dafür bedankte sie sich. Der Verein bietet unter anderem Entlastungsgespräche an, fängt auf, stabilisiert, überbrückt Wartezeiten, informiert und hilft bei dem Ausfüllen von Anträgen. Sie sagte, dass der Bedarf an den Angeboten von Jahr zu Jahr steigt.

Die Selbsthilfegruppen, die der Verein anbietet, sind geschützt. Die Treffen finden wöchentlich mit maximal zwölf Teilnehmenden statt. Frau Mund ist die Geschäftsführerin und führt Beratungen durch. Neben der Geschäftsführerin sind noch drei weitere Berater und Beraterinnen im Verein tätig. Sie betonte, dass der Verein noch mehr finanzielle Unterstützung benötigt.

Frau Brederlow sagte, dass die Arbeit des Vereins wertgeschätzt wird. Aus diesem Grund wird der Verein bei den jährlichen Förderungen der Stadt bedacht. Die Förderungen im Bereich der psychischen Erkrankungen ist wichtig und die Kosten dürfen nicht nur den Kommunen auferlegt werden. Die Kommunen befinden sich am Ende ihrer Leistungsfähigkeit.

Frau Marks fragte, ob die Betroffenen den Verein selbstständig aufsuchen oder sie eine Überweisung vom Arzt erhalten.

Frau Mund antwortete, dass sie unter anderem von Ärzten oder Kliniken an den Verein vermittelt werden.

Frau Marks sagte, wenn das aus medizinischen Gründen ist, ist es unverständlich, dass die Krankenkasse nicht mitfinanzieren.

Frau Mund antwortete, dass eine Krankenkasse den Verein unterstützt. Andere Krankenkassen verweisen auf Therapeuten und Kliniken.

Frau Marks bat Frau Brederlow darum, auch die Krankenkassen anzusprechen, damit diese ihrer Pflicht der Versorgung nachkommen.

Frau Brederlow sagte, dass das ein wichtiges Thema ist und im Verbund eine große Rolle spielen wird in den kommenden Jahren.

Frau Marks sagte, dass die Betroffenen in die Krankenkasse einzahlen.

Herr Dr. Bergner fragte, ob die Zusammenarbeit mit der kooperierenden Kasse eine individuelle Selbstentscheidung ist oder ob es eine allgemeine Entscheidung aller Krankenkassen gab. Außerdem fragte er, wie hoch der Finanzierungsanteil des Saalekreises ist.

Frau Mund sagte, dass der Landkreis eine Nachforderung bewilligt hat. Ein schriftlicher Bescheid steht noch aus.

Frau Dr. Gröger sagte, dass sie das mit der Psychiatrie-Koordinatorin besprechen wird. Der Anteil der Klienten aus dem Saalekreis wird immer am Ende eines Jahres abgerechnet.

Frau Brederlow sagte, dass vermutlich jede Kasse für sich entscheidet, ob die Kosten übernommen werden oder nicht.

Herr Schied fragte, ob Nachsorge nach stationären Aufenthalten nicht auch eigentlich Aufgabe des Sozialen Dienstes des Krankenhauses ist.

Frau Mund antwortete, dass diese Dienste überlastet sind.

Herr Schied fragte, ob sich die Krankheitsbilder oder Altersgruppen der Klienten in den letzten Jahren verändert hat.

Frau Mund antwortete, nach ihrem Gefühl kommen mehr junge Menschen, die psychisch stärker belastet sind. Es werden auch Sozialberatungen angeboten. Die Anzahl der Menschen mit Existenzängsten haben ebenfalls zugenommen.

zu 7.2 Mitteilung zum Housing First

Frau Ernst informierte anhand der Präsentation „Wohnraum als Wendepunkt“. Die Präsentation ist im Ratsinformationssystem hinterlegt.

Frau Labusga fragte, ob die Sozialarbeitenden auch die Wohnungssuche übernehmen.

Frau Ernst sagte, dass es mit den städtischen Wohnungsunternehmen eine bewährte Praxis gibt. Die Sozialarbeiter unterstützen bei der Wohnraumsuche.

Frau Härtling fragte, ob der Wohnraum durch die Betroffenen befristet angemietet wird.

Frau Ernst sagte, dass das Ziel ist, dass die Projektteilnehmer langfristig in den Wohnungen leben. Dabei wird sich an den individuellen Bedarfen orientiert. Für neue Projektteilnehmer werden dann neue Wohnungen angemietet.

Herr Dr. Bergner fragte zum Förderprogramm für das Trainingswohnen, ob diese über ESF laufen und wenn ja, wie es nach dem Auslaufen des ESF-Programms weitergeht.

Frau Ernst sagte, dass es sich bei dem Projekt „Zusammenhalt stärken - Menschen verbinden“ um ein ESF Plus-Projekt handelt. Der Projektzeitraum wurde gerade um ein Jahr verlängert und endet nun 2028. Dafür hat die Stadtverwaltung einen entsprechenden Antrag gestellt. Eine Rückmeldung steht noch aus. Sie sagte, dass nach vier Jahren geprüft werden muss, ob und wie das Projekt dauerhaft implementiert werden kann. Dafür ist eine laufende Evaluierung notwendig.

Frau Haupt sagte, dass die Klienten vom Housing First über Geld verfügen, wenn sie in Arbeit sind, oder über Sozialleistungen verfügen. Ist zukünftig eine Änderung möglich und die Menschen können in der Wohnung bleiben?

Frau Ernst sagte, dass viele Teilnehmer ohne die Unterstützung der Stadt keine Wohnung finden würden. Gründe dafür sind unter anderem Mietschulden oder Suchterkrankungen. Ziel ist es, dass die Projektteilnehmer dauerhaft in den Wohnungen leben können, mit einem eigenen Mietvertrag.

Frau Haupt fragte, ob die Klienten beim Housing First auch zwölf Monate in der Wohnung bleiben können.

Herr Mende-Arndt antwortete, dass das ähnlich wie beim Trainingswohnen zwölf Monate sind. Es gibt auch Menschen mit größerem Bedarf bei denen das variabel gestaltet werden kann.

Frau Haupt fragte, ob es auch ein Projekt bei der GWG gibt.

Herr Mende-Arndt bejahte das für das Projekt Trainingswohnen.

Frau Haupt fragte, ob es Klienten gibt, die die Projekte bereits verlassen haben.

Frau Ernst sagte, dass bereits zwei Projektteilnehmer ihre Wohnungen selbstständig bewirtschaften. Insgesamt bestehen gute Erfolgsaussichten.

Herr Mende-Arndt sagte, dass beim Trainingswohnen auch alleinerziehende Frauen mit Kindern oder Familien zu den Klienten gehören.

Herr Schied fragte nach Informationen zum Übergangswohnen: Wie viele Betroffene gibt es?

Frau Ernst sagte, dass sich das Übergangswohnen überwiegend an Familien mit Kindern richtet. Die Betreuung erfolgt über die ambulante Wohnhilfe. Die genaue Anzahl der Wohnungen kann schriftlich nachgereicht werden.

Frau Schneegans fragte, ob die Wohnungen, die durch die Wohnungsgesellschaften zur Verfügung gestellt werden, im ganzen Stadtgebiet verteilt sind.

Frau Ernst bejahte das.

Frau Haupt fragte nach der Altersstruktur der Klienten.

Frau Ernst sagte, dass sich die Projektteilnehmer überwiegend im mittleren Lebensalter befinden.

Herr Mende-Arndt sagte, dass sich Klienten in seinem Projekt von zwanzig bis siebzig Jahren befinden.

Frau Brederlow sagte, dass es für Jugendliche separate Projekte gibt. Es wurde auch wieder das Orientierungswohnen eingerichtet

zu 7.4 Jahresplanung 2026 Vorlage: VIII/2025/02101

Frau Haupt informierte, dass die Mitteilung zur Jahresplanung 2026 im Ratsinformationssystem hinterlegt ist und zur Kenntnis genommen werden kann.

Frau Seidel-Jähnig sagte, dass Vorschläge laufend abgegeben werden können

Herr Schied schlug vor, das Thema rechtliche Betreuung/Betreuungsbehörde aufgenommen werden sollte.

Die Verwaltung nahm den Vorschlag auf.

zu 7.5 Mitteilung zum Verbundvorhaben

Frau Ernst informierte, dass sich die Stadt Halle mit dem Verbundvorhaben „Menschen im Umfeld von Pflege unterstützen durch integrierte Sozialplanung“ erfolgreich um eine Förderung des Landes beworben hat. Es handelt sich um ein Verbundprojekt der kreisfreien Städte Halle (Saale), Dessau-Roßlau und Magdeburg. Der Projektzeitraum erstreckt sich vom 01.01.2026 bis 31.12.2028 und kann gegebenenfalls um ein Jahr verlängert werden. Das Fördervolumen für die Stadt Halle beläuft sich auf rund 1,1 Millionen Euro. Es umfasst auch das Kooperationsprojekt „Pflege & Pass“-Mobil der Fachbereiche Soziales und Einwohnerwesen, das zur Umsetzung mit jeweils einer Stelle gefördert wird. Bei dem Projekt handelt es sich um ein aufsuchendes Unterstützungsangebot für ältere Menschen sowie Menschen mit Pflegegrad oder Mobilitätseinschränkungen. Ziel ist es, Pflegeberatung sowie Leistungen des Pass- und Meldewesens direkt in die Häuslichkeit oder Pflegeeinrichtungen zu bringen und damit die Teilhabe nachhaltig zu stärken.

Frau Marks fragte, wie das Angebot an ältere Menschen herangetragen werden soll.

Frau Ernst sagte, dass nach Vorliegen des Förderbescheides eine intensive Öffentlichkeitsarbeit erfolgen wird.

Frau Brederlow sagte, dass die Pflegeeinrichtungen und Pflegedienste die betroffenen Menschen kennen. Außerdem wird es eine Öffentlichkeitsarbeit geben über die Seniorenbeauftragte der Stadt, unter anderem auch für Angehörigen der Menschen mit Bedarfen.

Frau Ernst sagte, dass das Projekt im Fachbereich Soziales im Team „Hilfe zur Pflege“ angegliedert wird. Dort sind auch die Seniorensozialarbeiter der Stadt tätig.

Frau Labusga fragte, in wie weit die Stellenbesetzung vorangeschritten ist.

Frau Brederlow sagte, dass die Stellen ohne Förderbescheid nicht besetzt werden können. Der Start wird sich etwas verzögern.

zu 7.6 Mitteilung zum Wohngeld

Frau Ernst berichtete, dass das Anliegen aus der Einwohnerfragestunde des vergangenen Sozialausschusses vollständig geklärt werden konnte. Sie informierte weiterhin, dass aktuell die Wohngeldanträge aus dem Monat November 2025 bearbeitet werden. Die Bearbeitungszeit der Wohngeldanträge konnte damit deutlich reduziert werden.

zu 7.7 Mitteilung zur Unterstützung von wohnungslosen Menschen

Frau Ernst informierte, dass das Notquartier im Haus der Wohnhilfe bei Minusgraden durchgängig genutzt werden kann. An Weihnachten können die Bewohner Angebote der Evangeliums Gemeinde in der St. Georgen-Kirche nutzen. Aktuell sind die Plätze im Haus der Wohnhilfe nahezu voll belegt. Sie sagte, dass sich die Stadt auf steigende Nutzerzahlen vorbereitet.

zu 7.8 Mitteilung zum Umzug Fachbereich Gesundheit

Frau Dr. Gröger informierte darüber, dass der Fachbereich Gesundheit Anfang des kommenden Jahres umziehen wird. Der Fachbereich zieht in die Straße der Opfer des Faschismus. Man zieht von sechs Standorten in einen zusammen. Sie bat um Verständnis, wenn Anliegen aktuell nicht sofort bearbeitet werden können.

zu 7.9 Mitteilung zum Sachstand der Rattenbekämpfung

Frau Dr. Gröger informierte darüber, dass die Präsentation zum aktuellen Sachstand der Rattenbekämpfung nach der Sitzung in das Ratsinformationssystem hinterlegt wird.

Frau Dr. Kreutzfeld fragte, ob es bezüglich der Ratten auf der Peißnitz schon Kontakt zur unteren Naturschutzbehörde gab.

Frau Dr. Gröger bat darum, die Frage in einer Sitzung nach dem Umzug erneut zu stellen.

zu 7.10 Mitteilung zum aktuellen Infektionsgeschehen

Frau Dr. Gröger informierte darüber, dass es in der 49. KW 134 Influenza-Meldungen gegeben hat. Das ist für den Zeitpunkt ein hoher Wert. Es gab in der 49. KW 94 Corona-Fälle. Sie appellierte, sich impfen zu lassen, wenn man zu den Risikogruppen gehört.

Herr Haak fragte, wie der Stand zum Noro-Virus ist.

Frau Dr. Gröger sagte, dass es in der 49. KW 54 Fälle verzeichnet wurden.

Frau Krause fragte, ob Fälle von Corona in Kindertageseinrichtungen noch meldepflichtig sind.

Frau Dr. Gröger bejahte das.

zu 7.11 Mitteilung zum Raumwechsel des SGGA im neuen Jahr

Frau Haupt informierte darüber, dass die Sitzungen des SGGA ab 2026 im kleinen Saal stattfinden.

zu 8 Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 8.1 Frau Dr. Kreutzfeld zur Stallpflicht

Frau Dr. Kreutzfeld fragte, ob die Stallpflicht aktuell noch gilt.

Herr Lange sagte, dass die Stallpflicht noch besteht und auch weiterhin ein Ausstellungsverbot für Geflügel gilt. Es kann aktuell noch keine Entwarnung bezüglich der Vogelgrippe gegeben werden.

zu 8.2 Frau Labusga zum Inklusionspreis

Frau Labusga fragte, wie der aktuelle Stand zum Inklusionspreis ist.

Frau Brederlow sagte, dass es noch keine Antwort aus dem Sozialministerium gibt.

zu 8.3 Frau Labusga zur UN-Behindertenkonvention

Frau Labusga fragte zum Stand des Aktionsplans der UN- Behindertenkonvention.

Frau Brederlow sagte, dass sich das in der Beteiligung bei dem Behindertenbeirat befindet. Sie rechnet mit einer Rückmeldung im 1. Quartal 2026.

zu 9 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Frau Haupt bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Ute Haupt
Ausschussvorsitzende

Sophia Waldowski
stellv. Protokollführerin